



## Volksaufstand im Juni 1953

### Einführung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Deutschland unter den vier Siegermächten – USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion – aufgeteilt. In den drei westlichen Besatzungszonen wurde im Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Kurz danach entstand aus der sowjetischen Besatzungszone unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) die Deutsche Demokratische Republik (DDR).

1952 beschloss die DDR-Führung den „Aufbau des Sozialismus“: Die Schwerindustrie wurde zu Lasten der Konsumgüterindustrie gefördert. Enteignungen privater Unternehmen und die Kollektivierung der Landwirtschaft wurden vorangetrieben. Bäuerinnen und Bauern, die ihre Höfe nicht in die Genossenschaft überführen wollten oder die höheren Abgaben für Privatbetriebe nicht erbringen konnten, wurden massiv unter Druck gesetzt und bedroht. Viele flohen in die Bundesrepublik Deutschland. In der Folge kam es zu Versorgungslücken, die von den Genossenschaften nicht ausgefüllt werden konnten. Außerdem beschloss die SED-Führung im Mai 1953, die Arbeitsnormen um zehn Prozent zu erhöhen. Der Beschluss kam faktisch einer Lohnkürzung gleich, denn Arbeiterinnen und Arbeiter sollten für das gleiche Geld nun erheblich mehr leisten.

Die Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung über die verschiedenen Missstände wuchs. Dies blieb der sowjetischen Führung in Moskau nicht verborgen. Deshalb verordnete sie der SED-Spitze eine politische Kurswende. Am 9. Juni kündigte die Parteiführung an, einige Maßnahmen zum „Aufbau des Sozialismus“ zurückzunehmen. Aber die erhöhten Arbeitsnormen sollten bleiben. Darauf reagierten die Bauarbeiter am Wohnbauprojekt

„Stalinallee“ in Ost-Berlin am 16. Juni öffentlichkeitswirksam mit einem Protestmarsch quer durch die Stadt. Noch am selben Tag beschloss die DDR-Führung die Rücknahme der Normerhöhung. Inzwischen hatten sich jedoch Stimmung und Parolen verschärft. Die Demonstrierenden riefen für den Folgetag, den 17. Juni 1953, zum Generalstreik auf.

Der West-Berliner Radiosender RIAS („Rundfunk im amerikanischen Sektor“) und andere westliche Medien berichteten über die Proteste der Ost-Berliner Arbeiter. Dadurch erfuhren auch die Menschen in den anderen Bezirken der DDR von den Ereignissen. Viele beschlossen, dem Beispiel der Ost-Berliner Arbeiter zu folgen.

Am 17. Juni 1953 streikten daher Arbeiter und Arbeiterinnen landesweit in über 1.000 Betrieben und Genossenschaften. In über 700 Städten und Gemeinden der DDR gab es zudem öffentliche Protestaktionen. Die Masse der Aufständischen waren Industriearbeiterinnen und -arbeiter. Aber auch Bäuerinnen und Bauern, Angestellte, Schülerinnen und Schüler, Studierende und viele andere beteiligten sich an den Protesten.

Demonstrierende stürmten über 250 Gebäude, darunter mehrere Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und Bezirksleitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Aus zwölf Haftanstalten befreiten Aufständische rund 1.400 Häftlinge, von denen aber bis Ende Juni über 1.200 wieder eingesperrt wurden. Da die Sicherheitsorgane der DDR mit der Situation überfordert waren, verhängte die sowjetische Militäradministration am 17. und 18. Juni den Ausnahmezustand über 167 der insgesamt 217 Land- und Stadtkreise

der DDR. Sie beendete den Volksaufstand mit militärischer Gewalt und einer Verhaftungswelle. Erst ab dem 24. Juni wurde der Ausnahmezustand nach und nach wieder aufgehoben, zuletzt am 11. Juli in Berlin, Leipzig und Halle.

Insgesamt gab es mindestens 55 Todesopfer: 35 Aufständische wurden bei Auseinandersetzungen getötet, fünf von sowjetischen Standgerichten erschossen, zwei von DDR-Gerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet, acht kamen in Haft ums Leben. Fünf Angehörige der Sicherheitsorgane wurden getötet: Unbekannte erschossen zwei Volkspolizisten und einen MfS-Mitarbeiter, die ein Gefängnis verteidigten. Ein Mitarbeiter eines Betriebsschutzes wurde von einer wütenden Menge erschlagen und versehentlich erschossen sowjetische Soldaten einen weiteren Volkspolizisten.

In den Tagen und Wochen nach dem Aufstand – bis in das Jahr 1955 hinein – wurden 13.000 bis 15.000 Personen verhaftet und mindestens 2.300 von sowjetischen und DDR-Gerichten zu teilweise sehr hohen Haftstrafen verurteilt.

Dass das Ministerium für Staatssicherheit die Streik- und Aufstandswelle nicht vorhergesehen und nicht verhindert hatte, wurde als Grund angeführt, Stasi-Minister Wilhelm Zaisser nach den Ereignissen zu entlassen. Zusätzlich wurde das MfS im Juli 1953 mit dem Status „Staatssekretariat“ dem Innenministerium unterstellt. Erst am 24. November 1955 wurde es wieder ein eigenständiges Ministerium.

Der „17. Juni“ blieb für das MfS ein Symbol der Angst vor eigenem Versagen. Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit, fragte darum 1989 angesichts der friedlichen Revolution in der DDR: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“